

## Antrag

der Abgeordneten **Königsberger, Waldhäusl, Ing. Huber, Tauchner, Sulzberger**  
und **Hafenecker**

betreffend: **Maßnahmenpaket zur Entlastung der „Melkkuh“ Autofahrer**

Die Anhebung der Mineralölsteuer und die Wucherpreise der Ölkonzerne führten im März 2011 zu den bisher höchsten Spritpreisen und haben das Rekordhoch vom Juli 2008 nunmehr weit übertroffen. Obwohl der Preis für ein Fass Rohöl derzeit sogar unter 100 \$ gesunken ist, zocken die Ölmultis ihre Kunden weiter ungeniert ab. Dies mit der fadenscheinigen Ausrede der Libyenkrise und dem Verweis auf die Erdbebenkatastrophe in Japan. Ein Übriges zum Preis-Chaos an den Tankstellen trägt noch die neue Tankstellenverordnung bei, jeden Tag um 12.00 Uhr schnalzt die Benzinmafia ungeniert die Preise weiter in die Höhe. Alleine von Jänner bis März 2011 wurden die Treibstoffpreise um rund 30% erhöht.

Der Höchstpreis an manchen Tankstellen betrug für Eurosuper 1,67 € ( 22,96 in Schilling ). Die Befüllung eines 70 Liter Tanks kostet somit bereits 116,90 €, das sind in der alten Währung über 1.600 Schilling!

Dazu kommt noch, dass man den Autofahrern billigeren Sprit, der lange vor dem Jahreswechsel eingelagert wurde, zu weit überhöhten Preisen verkauft und so die Anhebung der MÖSt noch einmal über Gebühr zur Abzocke der Tankkunden ausnützt. Die Erhöhung der MÖSt. bringt nicht nur dem Bund, sondern auch den Ländern erhebliche Mehreinnahmen.

Wirtschaftsminister Mitterlehner setzt gegen die Wucherpreispolitik bei den Treibstoffen keine zu einer Verbesserung führenden Gegenmaßnahmen. Die Ansetzung eines „Spritpreisgipfels“, mit der gleichzeitigen Ankündigung keinerlei Einmischung in die Preisbildung anzustreben, zeigt die Hilflosigkeit des Ministers auf. Besonders betroffen durch den Spritpreiswahnsinn sind die 450.000 niederösterreichischen Pendler. Viele von ihnen sind in ihrer Existenz massiv bedroht und können sich die Fahrt zu ihrem Arbeitsplatz nicht mehr leisten. Dass die öffentlichen Verkehrsmittel keine Alternative für die meisten Betroffenen darstellen, ist hinreichend bekannt.

Eine durchschnittliche Pendlerfamilie ist durch die Erhöhung der MÖSt und den Höchststand der Spritpreise bereits mit über 400 € Mehrkosten gegenüber dem Vorjahr belastet.

Die Erhöhung der Pendlerpauschale ist eine Mogelpackung und bringt den meisten betroffenen Familien und Pendlern keine Erleichterung, da erst ab einem Einkommen von mehr als 1.300 € im Monat Einkommenssteuer zu bezahlen ist, und erst dann eine Absetzmöglichkeit besteht.

Niederösterreich ist daher gefordert, hier ein deutliches Zeichen der Unterstützung zu setzen, denn gerade die Pendler haben keine Möglichkeit, dem wachsenden finanziellen Druck zu entkommen (Höchststand der Spritpreise und der MÖSt, Erhöhung der Vignette, Erhöhung der Normverbrauchsabgabe).

Neben der nicht tragbaren Belastung der Autofahrer, Pendler und Familien entstehen dadurch auch existenzielle Sorgen der Freiwilligenorganisationen. Die herrschenden Spritpreise gefährden auch die Existenz der Rettungsorganisationen und Feuerwehren, welche im Jahr Millionen Kilometer im Dienste der Allgemeinheit zurücklegen.

Eine finanzielle Unterstützung für die Betroffenen lässt sich einfach aus der sinnvollen Umschichtung bzw. dem Einfrieren bestimmter Budgetposten erreichen.

Des Weiteren sind diese Maßnahmen zur Entlastung der Tankkunden durch die Mehreinnahmen des erhöhten Grundpreises für Benzin und Diesel zu finanzieren und an die Bevölkerung zurückzugeben.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **Antrag:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung zu erreichen,

- a) dass es zu einer Reduzierung der Mineralölsteuer kommt,
- b) dass die Pendlerpauschale um 30% (analog der Treibstoffpreiserhöhung), angehoben wird,

- c) dass eine, den herrschenden Spritpreisen angepasste, Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes durchgeführt wird.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zur erheblichen Reduzierung der Treibstoffpreise und deren Stabilisierung die Mehreinnahmen aus der MÖST zur Einführung eines NÖ Tankgutscheines in der Höhe von 150 € zu verwenden“.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 7. April 2011 möglich ist.